



Uster, 1. Dezember 2011
Nr. 526/2011
V4.04.71

Seite 1/4

An die
Mitglieder des
Gemeinderates Uster

**BEANTWORTUNG
ANFRAGE 526
SICHERHEIT VON AMTSTELLEN UND POLITIKERN
RUEDI GYSI**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. August 2011 reichte das Ratsmitglied Ruedi Gysi beim Präsidenten des Gemeinderates die Anfrage 526 betreffend «Sicherheit von Amtsstellen und Politikern» ein.

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

«Das tragische Ereignis von Pfäffikon hat uns gezeigt, dass eine solche Tat immer und überall möglich ist. Besonders Amtsstellen und deren Angestellte die sich mit sozialen Problemen zu befassen haben sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Aber auch Politiker und Politikerinnen die sich mit Anfragen und Aufgaben der Bürger befassen könnten zur Zielscheibe für solche Taten werden. Sicherheitslücken sollten daher vorzeitig erkannt und mit möglichen Vorkehrungen auf ein Minimum reduziert werden. Ein Risikofaktor scheint mir auch der Gemeinderatssaal zu sein, denn hier besteht jede Möglichkeit für einen Farb- oder Gewaltsanschlag.

Ich bitte den Stadtrat und die Sozialbehörde mir folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Welche Vorkehrungen zur Sicherheit der Angestellten im Sozialbereich sind in Uster gemacht worden?*
- 2. Welche Verbesserungen für die Sicherheit könnten noch gemacht werden?*
- 3. Wie könnte der Gemeinderatssaal gesichert werden um Vorfälle zu verhindern?*
- 4. Welche Möglichkeit gibt es um die Tribünengäste besser kontrollieren zu können?*
- 5. Sollte nicht mindestens während den Gemeinderatssitzungen der Posten der Stadtpolizei besetzt sein?*
- 6. Sind nach dem Vorfall in Pfäffikon schon Schritte zu einer verstärkten Kontrolle gemacht worden?*



Besten Dank für die Beantwortung der Fragen.»

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Der tragische Vorfall in der Gemeinde Pfäffikon erschütterte jedermann. Der Vorfall darf aber als Ausnahmefall betrachtet werden. Trotzdem, Stadtrat und Gesamtverwaltung war es schon immer und erst recht heute ein hohes Anliegen, die Sicherheit unserer Angestellten und der Personen der Vertreter der Politik zu gewährleisten. Daher wird die allgemeine Sicherheitslage laufend beurteilt, die Sicherheitsdispositive immer wieder überprüft und wo erforderlich sichernde Massnahmen angeordnet und umgesetzt.

Nach dem Tötungsdelikt in Pfäffikon ZH schrieb die Gesamtverwaltung zusätzlich einen generellen Kurs zum Thema Sicherheit aus. Für Organisationseinheiten mit erhöhter Bedrohungslage werden massgeschneiderte Kurse organisiert. Die Kombination von baulichen Massnahmen, angemessenem Polizeischutz, eingeübten Sicherheitsabläufen und rechtlichem Vorgehen (z.B. Verzeigungen), bietet in den Räumlichkeiten der Verwaltung und der Politik sowie den betroffenen Personen ein hohes und genügendes Mass an Sicherheit. Der Stadtrat bittet um Verständnis, wenn die Sicherheitsdispositive nicht offen gelegt werden. Dies ist aus Gründen der Geheimhaltung nicht angezeigt. Der Stadtrat ist aber gerne bereit, z.B. einer Sachkommission detaillierten Einblick zu gewähren.

Sollten sich Hinweise ergeben, dass Mitarbeitenden oder Politiker/innen offenen oder verdeckten Drohungen ausgesetzt sind, können die Sicherheitsmassnahmen rasch hochgefahren werden.

Der Gefährdungsgrad ist für Verwaltung und Politik unterschiedlich zu bewerten. Während bei einzelnen Verwaltungsstellen - insbesondere im Sozialbereich und/oder im Betreibungsamt - eine höhere Sicherheitsstufe angezeigt ist, genügt bei Parlamentsangehörigen und Behördenvertreterinnen und -vertreter eine tiefere Einstufung. Bei allen Sicherheits- und Schutzmassnahmen gilt es zu bedenken, dass es eine absolute Sicherheit nicht gibt und die Bedrohungslage der Gestalt ist, dass sie momentan zu zusätzlichen Massnahmen zwingen würde.

Frage 1:

«Welche Vorkehrungen zur Sicherheit der Angestellten im Sozialbereich sind in Uster gemacht worden?»

Antwort: Angestellte im Sozialbereich befinden sich in einem stetigen Dialog mit Korpsangehörigen der Stadtpolizei. Problematische «Kundengespräche» werden mit Polizeipräsenz geführt. Im Weiteren erhöht die Polizei das Sicherheitsdispositiv in jenen Fällen, in denen die Beurteilung der Lage dies bedingt. Daneben verfügen die Mitarbeiter/innen im Sozialbereich über technische Hilfsmittel und auch bauliche Massnahmen sind getroffen worden. Dazu gehört u.a., dass der Personenlift ausserhalb der Schalteröffnungszeiten nur mit Schlüssel bedienbar ist.

Damit unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im Ernstfall richtig reagieren, werden die Verhaltensmassnahmen regelmässig instruiert und trainiert. Im Weiteren sensibilisieren die Vorgesetzten aller Bereiche ihre Mitarbeitenden laufend zu sicherheitsadäquatem Verhalten (nicht immer zur gleichen Zeit dieselben Personalausgänge zu benutzen oder Einrichtungen des Büros so zu platzieren, dass daraus keine gefährlichen Situationen entstehen können). Auch gilt generell, dass Drohungen und Nötigungen nicht toleriert und konsequent zur Anzeige bei der Stadtpolizei gebracht werden.



Frage 2:

« Welche Verbesserungen für die Sicherheit könnten noch gemacht werden? »

Antwort: Der Stadtrat unterstützt, dass Querulanten bei tatbestandsrelevantem Verhalten konsequent verzeigt werden. Die Verfahrenseinleitung muss allerdings durch die betroffenen Mitarbeitenden oder den Vorgesetzten erfolgen. Zwischen Abteilungsleitungen und Stadtpolizei findet hierzu ein regelmässiger Austausch statt.

Die baulichen und technischen Massnahmen entsprechen der eingangs gemachten Beurteilung der Bedrohungslage. Zusätzlich erforderliche Anpassungen können jederzeit geprüft werden.

Generell gilt es den Fokus auf die Schulungen zu richten. Im Jahr 2012 sollen sich deshalb Mitarbeitende (und wo interessiert, auch Behördenmitglieder) an einer Fachtagung über sicherheitsrelevante Themen austauschen. Referenten der Kantonspolizei Zürich sowie der Fachstelle Gewaltprävention Zürcher Oberland werden auf der Verhaltensebene wie auch bezüglich technischer und juristischer Massnahmen hinweisen. Bei Bedarf werden Mitarbeitende mit massgeschneiderten Schulungen auf «das richtige Verhalten» bei Bedrohungssituationen geschult.

Frage 3:

« Wie könnte der Gemeinderatssaal gesichert werden um Vorfälle zu verhindern? »

Antwort: Als bauliche Massnahme könnte ein Torbogen (X-Ray) eine grössere Sicherheit bieten. Man muss sich aber im Klaren sein, dass eine solche Kontrolle für alle gilt und sowohl personell als auch zeitlich sehr aufwändig ist.

Überdies ist denkbar, dass während der Gemeinderatssitzungen jeweils zwei uniformierte Polizisten im Gemeinderatssaal anwesend sind.

Im Weiteren könnte die Gemeinderatssaaltür während den Sitzungen geschlossen bleiben. Zutritt nach Sitzungsbeginn wäre somit nur noch nach Personenkontrollen durch Sicherheitspersonal (Polizei, Securitas etc.) möglich. Auch die Installation eines Alarmknopfes mit direkter Alarmierung der Stadtpolizei könnte das Sicherheitsgefühl erhöhen.

Der Stadtrat ist indessen der Ansicht, dass solche zusätzlichen Massnahmen weder nötig noch verhältnismässig sind. Ob zusätzliche Massnahmen angeordnet werden sollten, muss der Gemeinderat bzw. die Geschäftsleitung des Gemeinderats selber entscheiden. Die Stadtpolizei ist mit ihren momentan personellen Ressourcen allerdings nicht in der Lage, die erwähnten Zusatzdienste zu leisten (siehe dazu auch die Antwort auf die Frage 5). Wollte der Gemeinderat zusätzliche Massnahmen ergreifen, wäre der Leistungsauftrag der Stadtpolizei entsprechend zu ändern, die finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen und die Kosten für die baulichen Massnahmen ins Budget aufzunehmen.

Frage 4:

« Welche Möglichkeit gibt es um die Tribünengäste besser kontrollieren zu können? »

Antwort: Siehe Antwort zu Frage 3.

Frage 5:

« Sollte nicht mindestens während den Gemeinderatssitzungen der Posten der Stadtpolizei besetzt sein? »



Antwort: Grundsätzlich ist die Stadtpolizei jeden Tag bis 24.00 Uhr im Dienst. Konkret heisst das, dass ab 20.00 Uhr eine Patrouille (2 MA) unterwegs ist (und nicht im Stadthaus präsent). Diese Patrouille dient der Patrouillentätigkeit in der Stadt und kann für die Zeit der Gemeinderatssitzungen nicht abgestellt werden. Die Besetzung des Polizeipostens (oder gar die Präsenz im Gemeinderatssaal) würde zwingend den Einsatz einer zusätzlichen Dienstprouille bedingen. Die Konsequenzen einer solchen Massnahme sind unter Frage 3 aufgezeigt.

Frage 6:

«Sind nach dem Vorfall in Pfäffikon schon Schritte zu einer verstärkten Kontrolle gemacht worden?»

Antwort: Zusätzliche Kontrollen waren nach dem Vorfall in Pfäffikon nicht angezeigt und wurden nicht ergriffen. Allerdings wurde die Sicherheitslage in der Kaderkonferenz wie auch zwischen der Stadtpolizei und den Sozialbehörden thematisiert. Der Stadtpolizei ist es wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialbereichs sich möglicher Gefahren bewusst sind und eine entsprechende Sensibilität entwickeln (siehe dazu Frage 2). Die Polizei nimmt es ohne weiteres in Kauf, einmal zu viel vor Ort gerufen zu werden.

Resümee

Aufgrund der momentanen Bedrohungslage sind keine zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen erforderlich. Die technischen und die baulichen Massnahmen, das Sicherheitsdispositiv der Stadtpolizei und der Wissensstand der Mitarbeitenden im Umgang mit Gewalt und Bedrohungen sind auf aktuellem und genügendem Stand, um möglichen Risiken begegnen zu können.

Sollten sich die Mitglieder des Gemeinderates bedroht fühlen und sich durch zusätzliche bauliche oder sicherheitsrelevante Massnahmen absichern wollen, wäre ein Gespräch angezeigt. Wie oben aufgezeigt, hätten solche Massnahmen allerdings entsprechende Mehrkosten zur Folge und eine Anpassung der Leistungsaufträge.

Der Stadtrat bittet den Gemeinderat von der Antwort auf die Anfrage Nr. 526 des Ratsmitglieds Ruedi Gysi betreffend « Sicherheit von Amtstellen und Politikern» Kenntnis zu nehmen.

STADTRAT USTER

Martin Bornhauser
Stadtpräsident

Hansjörg Baumberger
Stadtschreiber